

Kritik am 1. Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE

Diese Kritik beruht auf einer Ausarbeitung von Ronald Blaschke vom Mai 2010. Zwecks besserer Erfassbarkeit des Inhaltes wurden von Steffen Kaiser einige Veränderungen an der Darstellung vorgenommen und von Ronald Blaschke autorisiert.

I. Die Kritik ist folgenden Aussagen im 1. Entwurf verpflichtet:

Fundstelle:	ausgewählte Aspekte (Originaltext im Entwurf)
Programmentwurf, Präambel Seite 4:	"Die Linke kämpft . . . für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit , für Vollbeschäftigung und die Umverteilung von Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, gegen Billigjobs, Hungerlöhne und gegen den Ersatz regulärer Beschäftigung durch Leiharbeit oder Scheinselbstständigkeit. Wir wollen, dass die Menschen Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge für Kinder, Partner und Freunde und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße selbstbestimmt verbinden können."
Programmentwurf, Seite 11:	"Für Rosa Luxemburg endet Gleichheit ohne Freiheit in Unterdrückung, und Freiheit ohne Gleichheit führt zu Ausbeutung. Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an, in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen kann und dabei solidarisch mit anderen zusammenwirkt. Die Überwindung der Dominanz kapitalistischen Eigentums in der Wirtschaft und ein sozialer Rechtsstaat sind dafür die wichtigsten Grundlagen. So kann ein gutes Leben gestaltet, eine soziale Demokratie hergestellt und erweitert werden. Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können. Der sozial gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens und die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen."
Programmentwurf, Seite 14:	"Erwerbsarbeit, Arbeit in der Familie, die Sorge um Kinder, Partner und Freunde, die Teilhabe am kulturellen und politischen Leben und schließlich individuelle Weiterbildung und Muße sind wesentliche Lebensbereiche. DIE LINKE will für alle Menschen die Möglichkeit schaffen, diese Lebensbereiche in selbstbestimmter Balance zu verbinden."
Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2009 Seite 19 [37]:	"Zu einem Einstieg in eine andere Gesellschaft gehört die Neu- und Umbewertung von Arbeit, damit alle Menschen in den vier Bereichen tätig sein können, auf die eine Gesellschaft angewiesen ist und deren Vielfalt unser Leben reicher macht. Das sind Arbeiten in Beruf und Erwerb, in Familie und Partnerschaft, Arbeit an sich selbst sowie Teilnahme am kulturellen, politischen und sozialen Leben."
Bemerkung:	Im Abschnitt aus der Präambel, Seite 4, fehlt die vierte Teilhabe-/Tätigkeitsform, die " Teilhabe am kulturellen und politischen Leben". Vgl. Entwurf S. 14
Kritik:	Gänzlich ausgeblendet bleibt die individuelle und kooperative Eigenarbeit, die viele Linke als die Möglichkeit des Ausbruchs aus der entfremdeten Erwerbs-/ Lohnarbeit ansehen.

II. Die folgenden Passagen (*kursiv*) im Entwurf erfüllen nicht den Inhalt der o.g. Aussagen:

Programmentwurf, Seite 14:	"Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, beginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ein. <i>Einkommen und Vermögen werden durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden.</i> "
Programmentwurf, Seite 14:	" Gute Arbeit <i>Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit. Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und Frauen, haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und des Sozialstaats.</i> "
Programmentwurf, Seite 23:	"Wir wollen ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen Initiativen, sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln. Wir unterstützen Zusammenschlüsse gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit und wollen mit allen zusammenwirken, die sich für soziale Gerechtigkeit, Emanzipation und mehr Demokratie, Frieden und Erhaltung der Natur einsetzen. <i>Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie unterscheiden sich von allen anderen sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.</i> "

Kritik an diesen Passagen im Entwurf:

- **Es ist nicht schlüssig**, den verschiedenen Tätigkeits- und Teilhabeformen einen hohen Stellenwert für die freie Entwicklung der Individuen und die Entwicklung der Gesellschaft und der Demokratie zuzuerkennen und sie bei der Anerkennung als Grundlage der Produktivkraftentwicklung auszuschließen – als ob nicht die Grundlage jeglicher Produktivkrafterhaltung und -entwicklung in der familiären Erziehung und Sorge, in den demokratischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt bewirkenden Tätigkeiten und in der individuellen Selbstbildung liegen würde.
- Die undifferenzierte Unterstellung, dass Erwerbs-/Lohnarbeit eine **Produktivkraft** sei, ist zu hinterfragen. In vielen Fällen ist auch von Erwerbs-/Lohnarbeit als **Destruktivkraft** – sowohl in sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht – auszugehen.
- **Soziale Gerechtigkeit in einer sozialen Demokratie bedeutet, dass jede/r Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum hat. Dieser Reichtum ist keineswegs nur in seiner entfremdeten Form des Erwerbseinkommens und / oder des Vermögens gegeben, sondern genauso:**
 - im Reichtum der allen gehörenden Naturgütern und des kulturhistorischen Erbes wie Wissen und dessen Vergegenständlichung in Technik usw. sowie
 - im materiellen und immateriellen Reichtum, der in miteinander verwobenen Tätigkeits- und Teilhabebereiche, in denen jede/r in bestimmtem Ausmaß eingebunden ist.

Aufgrund der allen gehörenden Naturgüter und des allen gehörenden kulturhistorischen Erbes sowie aufgrund der nicht mehr dem einzelnen exakt zuzurechnenden Beiträge am gesamten Reichtum **ist jeder und jedem ein Grundeinkommen zuzuerkennen**. Das Grundeinkommen ist mit dem Erwerbseinkommen und weiterhin nötigen bedürftigkeitsgeprüften Einkommen wie

Wohngeld kumulierbar. Die Dominanz der entfremdeten Tätigkeit, der Erwerbs- und Lohnarbeit, für die grundlegende Existenz- und Teilhabeabsicherung wird mit der umfassenden Beteiligung am gesellschaftlichen Reichtum überwunden.

- **Es ist nicht schlüssig**, dass in einer Gesellschaft, in der jede/r die vier (fünf) Tätigkeits- und Teilhabebereiche selbstbestimmt verbinden oder ausbalancieren können soll, für bestimmte Menschen nur bedürftigkeitsgeprüfte, als arm stigmatisierende Mindest-/Grundsicherung gewährt werden sollen. Mit der Einführung des Grundeinkommens für alle dagegen wird die Stigmatisierung der ebenfalls gesellschaftlichen Reichtum schöpfenden Teilhabe- und Tätigkeitsformen, die neben der Erwerbs-/Lohnarbeit existieren, überwunden. Es wird tatsächlich ernst gemacht mit der Forderung nach der Gleichwertigkeit der vier (fünf) Tätigkeits- und Teilhabeformen, wie sie bereits im Wahlprogramm der Partei DIE LINKE fixiert wurde. Außerdem wird mit einem Grundeinkommen die verdeckte Armut infolge der stigmatisierenden Bedürftigkeitsprüfungen vollkommen überwunden.
- Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme widersprechen auch der **Forderung nach einem sozial gleichen Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens**. Menschen haben hier nur ungleiche Zugänge zu den grundlegendsten (!) Bedingungen eines freien und solidarischen Lebens, nämlich der existenziellen und Teilhabeabsicherung. Die eine haben einen Zugang ohne eine stigmatisierende und diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung, die anderen nur mit einer solchen. Das Grundeinkommen dagegen würde den Forderung nach einem sozial gleichen Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens tatsächlich entsprechen und die Überwindung der Spaltung der Gesellschaft befördern.
- **Grundlage des solidarischen Zusammenwirkens von Menschen ist die Freiheit von erzwungenen ökonomischen Abhängigkeiten und von Erpressung, die Abwesenheit von Missachtung und von mangelndem Respekt sowie von Stigmatisierung**. Bedürftigkeitsgeprüfte Transfersysteme sind ökonomische Abhängigkeiten und Stigmatisierungen beinhaltende Transfersysteme. Da sie nicht die Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Tätigkeits- und Teilhabeformen und deren Subjekte respektieren, behindern sie auch das solidarische und freie Zusammenwirken von Menschen. Das Grundeinkommen befördert dagegen die Solidarität auf Grundlage individueller Freiheit.

Fazit der Kritik:

Die Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen bei der Absicherung des freien Lebens der Bürger/ des Bürgers mit ihren/seinen grundlegenden existenziellen und gesellschaftlichen Teilhabebedingungen widerspricht den Grundsätzen der sozialen Demokratie und des demokratischen Sozialstaates, wie sie im Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE beschrieben worden sind.

Das Grundeinkommen dagegen verhindert diese Spaltung ohne traditionelle Formen der sozialen und der Leistungsgerechtigkeit zu ignorieren. Allerdings werden diese traditionellen, bürgerlichen Systeme in das neue gesellschaftliche System in transformatorischer Absicht integriert – unter Abschaffung ihrer Dominanz.

III. Vorschläge für Änderungen im 1. Entwurf

Legende zu den Textfarben:

schwarz Textstelle mit Zustimmung
orange kritizierter Text im Entwurf

schwarz unverändert belassener Text
blau- neu vorgeschlagener Text
kursiv

Seite 14, Entwurfstext:	Änderungsvorschlag:
<p>Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, beginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ein. Einkommen und Vermögen werden durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden.</p>	<p>"Der Kampf für eine andere, bessere Welt, für den demokratischen Sozialismus, beginnt mit der Veränderung der Gesellschaft, in der wir leben. DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ein. <i>Der gesellschaftliche Reichtum, inklusive des Einkommens und Vermögens, wird auf der Grundlage gemeinsamer Naturgüter und des gemeinsamen kulturhistorischen Erbes in Erwerbs- bzw. Lohnarbeit und in vielfältigen gesellschaftlichen Tätigkeits- und Teilhabeformen erzeugt. Einkommen soll daher in ausreichender Höhe und in gleicher Weise an alle (Grundeinkommen) und darüber hinaus entsprechend einer demokratisch verantwortbaren und kontrollierbaren Leistungszurechnung (Erwerbs-/Lohn-einkommen und Ersatzeinkommenssysteme) verteilt werden."</i></p>
<p>Seite 14, Entwurfstext:</p>	<p>Änderungsvorschlag:</p>
<p>Gute Arbeit Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit. Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und Frauen, haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und des Sozialstaats.</p>	<p>"Gute Arbeit <i>Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte sind verschiedene Tätigkeiten und Teilhabeformen.</i> Die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen notwendigen Arbeiten <i>und Tätigkeiten</i>, insbesondere zwischen Männern und Frauen, haben eine Schlüsselrolle auch für die Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und des Sozialstaats."</p>
<p>Seite 16, Entwurfstext:</p>	<p>Änderungsvorschlag:</p>
<p>Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, der die Lebensrisiken wie Krankheit und Behinderung sowie Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit solidarisch absichert und im Alter ein sorgenfreies Leben in Würde garantiert.</p>	<p>"Soziale Sicherheit im demokratischen Sozialstaat <i>Jede und jeder braucht eine stigmatisierungs- und diskriminierungsfreie soziale Absicherung</i>, um selbstbestimmt <i>und solidarisch leben</i> und das Recht auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können. Wir wollen einen aktiven Sozialstaat, <i>der einerseits die grundlegenden existenziellen und Teilhabenotwendigkeiten</i> sowie die Lebensrisiken wie Krankheit und Behinderung, Erwerbsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit <i>für alle</i> solidarisch absichert und im Alter ein sorgenfreies Leben in Würde garantiert.</p>

Seite 17, Entwurfstext:	Änderungsvorschlag:
<p>Wir wollen eine sichere und auskömmliche gesetzliche Rente, die deutlich über der Armutsgrenze liegt und den erarbeiteten Lebensstandard weitgehend sichert. Sie macht eine staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge überflüssig. Diese kann drohende Altersarmut nicht vermeiden und hat zur Aufblähung der Finanzsphäre wesentlich beigetragen. Wir fordern die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine paritätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung. Wir streiten für die Angleichung der Rentenwerte Ost und West. Wir wollen den Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente stärken und dabei die Beitragsbemessungsgrenzen aufheben. Um Altersarmut zu verhindern, wollen wir eine erhöhte bedarfsgerechte Grundsicherung im Alter. Die Rente erst ab 67 lehnen wir ab.</p> <p>Auch bei Arbeitslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. Wir brauchen stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld und eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen achtet. Wir fordern die Abschaffung erniedrigender Bedürftigkeitsprüfungen sowie ein Ende des Zwangs, untertariflich bezahlte oder der eigenen Qualifikation nicht angemessene Arbeit anzunehmen.</p>	<p>"Wir wollen eine sichere und auskömmliche gesetzliche Rente für alle, die deutlich über der Armutsgrenze liegt und den erarbeiteten Lebensstandard weitgehend sichert. Sie macht eine staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge überflüssig. Diese kann drohende Altersarmut nicht vermeiden und hat zur Aufblähung der Finanzsphäre wesentlich beigetragen. Wir fordern die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine paritätisch finanzierte, gesetzliche Rentenversicherung. Wir streiten für die Angleichung der Rentenwerte Ost und West. Wir wollen den Solidarausgleich in der gesetzlichen Rente stärken und dabei die Beitragsbemessungsgrenzen aufheben. Um Altersarmut zu verhindern, wollen wir eine <i>Armut verhindernde Garantierente im Alter</i>. Die Rente erst ab 67 lehnen wir ab.</p> <p>Auch bei Erwerbslosigkeit müssen die sozialen Leistungen den vorher erreichten Lebensstandard annähernd sicherstellen. Wir fordern daher: Hartz IV muss weg. Wir brauchen stattdessen ein am vergangenen Einkommen orientiertes Arbeitslosengeld <i>sowie ein existenz- und teilhabesicherndes Grundeinkommen, welches die stigmatisierende und verdeckte Armut befördernde Bedürftigkeitsprüfung aufhebt und die Bürgerrechte der Menschen achtet. Mit dem Grundeinkommen ist auch der Zwang überwunden, schlecht bezahlte, die eigene Qualifikation nicht in Wert stellende und eine mit dem Gewissen nicht zu vereinbarende Arbeit anzunehmen.</i>"</p>

weitere Kritik:

- Gewerkschaften haben zwar eine Verankerung in einem (!) Zentrum der Macht über gesellschaftliche Verhältnisse – nämlich in der entfremdeten Lohnarbeit. Genau diese Verankerung in der Lohnarbeit, welche nach Marx das Kapital permanent reproduziert, und die gleichzeitige Prekarisierung dieses Machtzentrums hat Gewerkschaften anfällig gemacht und macht sie anfällig für Politiken, die dieses kapitalistische Machtzentrum stabilisieren und gegen gesellschaftlich notwendige kulturelle, soziale und ökologische Veränderungen immunisieren wollen.
- Weiterhin ist die beschriebene Verankerung der Gewerkschaften in der Zivilgesellschaft (ökologische und soziale Bewegung) nur partiell gegeben und darüber hinaus auch widerspruchsvoll.
- Aus genannten Gründen ist es falsch den Gewerkschaften eine zentrale oder herausragende Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen zuzuschreiben. Es wird die Verwobenheit der Gewerkschaften in das kapitalistische und von entfremdeter Arbeit geprägte System ausgeblendet.

daraus folgender weiterer Änderungsvorschlag:

Seite 23, Entwurfstext:	Änderungsvorschlag:
<p>Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie unterscheiden sich von allen anderen sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist.</p>	<p><i>Der neben stehende Absatz ist komplett zu streichen.</i></p>